

Sozialdemokratische Politik für die Zeitenwende

Für Fortschritt, Arbeit und Gerechtigkeit

Diskussionspapier zum DL21-Programmkonvent 28./29. März 2009

1. Zeit für neuen Fortschritt

Die Welt steht vor einer historischen Wende. Das marktradikale Zeitalter wird abgelöst durch ein Zeitalter der Nachhaltigkeit und solidarischen Globalisierung. Sozialdemokratische Antworten und sozialdemokratische Verantwortung sind jetzt gefragt. Die Sozialdemokratie ist gefordert, den längst überfälligen Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit orientierten Finanzmarktkapitalismus hin zu einer neuen nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung konzeptionell zu entwickeln und politisch zum Durchbruch zu verhelfen.

Themen wie Wirtschaftsdemokratie, der soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, die Regulation des Finanzmarktkapitalismus sowie Industrie- und Wirtschaftssteuerung sind unter veränderten Vorzeichen wieder neu zu stellen. Statt eines neoliberalen „weiter so“ müssen die fortschrittlichen Kräfte den Primat der Menschen über den ungezügelden Markt stellen. Das ist die Richtungsentscheidung am Beginn des Wahljahres 2009.

Die aktuelle Finanzkrise ist vom finanziellen Umfang, dem ungeheuerlichen Ausmaß der Kosten und der Vielzahl der betroffenen Länder her unbestritten größer als jede andere in der Geschichte der Finanzkrisen und Spekulationsblasen der modernen Industrie- und Finanzgeschichte. Es gilt jetzt die Regeln neu aufzustellen, nach denen die Akteure auf den Finanzmärkten handeln und beschlossene Pfade zur Regulierung der Finanzmärkte konsequent zu beschreiten. Wir werden verhindern, dass nach einer vorübergehenden Phase der Einsicht und Buße Spekulanten, Banker und Hedge-Fonds zu ihrem tradierten Verhalten zurückkehren. Ohne klare – auf Nachhaltigkeit angelegte – Regeln wie z.B. das Verbot von Derivaten und Leerverkäufen, und eine klare Orientierung des Finanzmarktes auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft, steigt die Gefahr, dass die nächste Krise schon heute angelegt wird.

Zur Optimierung des Bankenschirms sollte die Bundesregierung die Bedingungen für die Inanspruchnahme des Schutzschirms verbessern und z.B. eine Mindesteigenkapitalquote für Banken festlegen, bei dessen Unterschreiten das Rettungspaket in Anspruch genommen werden muss. Wir scheuen nicht davor zurück, dort wo es gesellschaftlich sinnvoll und notwendig ist, Enteignung vorzunehmen und Unternehmen in öffentliches Eigentum zu überführen. Der Absicht, lediglich die Verluste zu sozialisieren, um die Gewinne dann wieder zu privatisieren, werden wir einen Riegel vorschieben.

Der Finanzcrash hat die Realökonomie erreicht. Um diese Entwicklung abzumildern wurden Rettungsschirme für die Finanzinstitute aufgespannt und Konjunkturprogramme aufgelegt. Weitere Schritte müssen folgen. Die kurzfristig wirkenden Maßnahmenpakete zur Stabilisierung der Konjunktur müssen mit tiefgreifenden langfristigen Strukturveränderungen in sowohl regulatorischer als auch verteilungs- und sozialpolitischer

Hinsicht verbunden werden, um die Krise aufzulösen. Hierzu bedarf es auch einer transnationalen politischen Handlungsebene für die weltweite und europäische Wirtschaft mit international demokratisch verfassten Strukturen und klarer Aufgabenstellung und Ausrichtung.

Wir sind uns dabei der großen globalen ökologischen Herausforderungen bewusst: Mit unserer gegenwärtigen Art zu wirtschaften und zu leben zerstören wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen, dabei sind große Regionen der Welt erst am Beginn ihres Aufholprozesses. Steuern wir nicht schnell um, werden wir mit wachsender Armut, weniger Sicherheit und geringerer Lebensqualität konfrontiert sein.

Die Hoffnungen auf eine Friedensdividende nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes haben sich nicht erfüllt. Staatszerfall, internationaler Terrorismus und die Renaissance eines neuen Unilateralismus bedrohen Frieden, Freiheit und Sicherheit. In vielen Regionen der Welt können wir beobachten, wie die Machtpolitik von gestern die Zukunft vieler Menschen aufs Spiel setzt.

Wir brauchen eine Politik, die Zuversicht vermittelt und einen verlässlichen Anker für die berechtigten Hoffnungen und Wünsche bietet. Wir wollen die Herausforderungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise annehmen und sie aktiv gestalten, um aus ihr gestärkt hervor zu gehen. Mit Unverständnis verfolgen wir die Zurückhaltung, die Stimulierung der Konjunktur aktiv anzugehen. Jetzt ist entschlossenes Handeln, statt Zögern oder das starre Festhalten an illusorischen haushaltspolitischen Zielen, gefragt.

Kein Zweifel: Wir leben in neuen Zeiten. Sie sind durch neue Herausforderungen geprägt, aber auch durch alte Ungerechtigkeiten. Es dürfen keine Zeiten von Resignation und Rückschau sein, es müssen Zeiten des Aufbruchs und der Erneuerung werden. Diesen neuen Fortschritt zu organisieren ist die Aufgabe einer linken Volkspartei. Die Partei des Fortschritts ist die SPD.

2. Starke und nachhaltige Wirtschaft statt globaler Spekulationsökonomie

Wir wollen eine starke und nachhaltige Wirtschaft statt einer globalen Spekulationsökonomie. Daher setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik, die auf qualitatives Wachstum setzt und die ökonomischen Chancen des gesellschaftlichen und ökologischen Wandels nutzt.

Deutschland muss Industrieland bleiben. Die Industrie bildet auch weiterhin den starken Kern der Wertschöpfung in unserem Land. Daher brauchen wir eine neue Industriepolitik. Wir wollen konsequent Ökotechnologien und die Ökonomie stärken. Der Staat muss als Pionier den Rahmen für neues Wachstum setzen, indem er gezielt Innovationen für die Leitmärkte der Zukunft fördert.

Innovationsförderung

Wir wollen Innovation und Gerechtigkeit. Starke wirtschaftliche Grundlagen und gesellschaftlicher Zusammenhalt bedingen einander. Wir müssen jetzt das Fundament für die zukünftigen Wachstumschancen legen. Daher müssen wir mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren.

Die SPD hat Deutschland in den letzten 10 Jahren bei Bildung und Forschung aus dem Tiefschlaf geweckt. Bei den Bildungsausgaben sind wir von einem Spitzenplatz im internationalen Vergleich aber noch weit entfernt. Der Aufholprozess geht zu langsam voran. Um das 7-Prozent-Ziel bei den Bildungsausgaben zu erreichen müssen wir deutlich mehr Geld investieren.

Das im Lissabon-Prozess vereinbarte 3-Prozent-Ziel für Forschung und Entwicklung kann daher nur eine Zwischenetappe einer Innovationsoffensive sein. Wir brauchen eine Lissabon-Plus-Initiative, bei der wir das Ziel um weitere 0,5 % erhöhen. Für dieses Ziel wollen wir das Goldvermögen der Bundesbank mobilisieren.

Ökologische Industriepolitik und Energiewende

Wir wollen unsere Gesellschaft ökologisch modernisieren. Dafür müssen wir den technologischen Wandel vorantreiben. Motor dieses Wandels ist eine ökologische Industriepolitik für nachhaltiges Wachstum. Mit ihrer Hilfe müssen Innovationen gefördert werden, die unsere Unternehmen unabhängiger machen von knapper werdenden Ressourcen bzw. diese effizienter nutzen. Nur so bleiben sie wettbewerbsfähig. Diese Politik schafft auch die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass Öko-Innovationen ‚Made in Germany‘ Marktführer auf den globalen Zukunftsmärkten werden.

Der fortschreitende Klimawandel, die Wahrung unserer Wettbewerbsfähigkeit bei knapper werdenden Rohstoffen und die steigenden Energiepreise für die Verbraucher zwingen uns dazu, die Energiewende weiter voranzutreiben.

Eine Effizienzrevolution ist der notwendige Schlüssel für die notwendige Modernisierung. Sie baut die Brücke in das Solarzeitalter. Künftig darf kein Kraftwerk mehr ohne Kraft-Wärme-Kopplung ans Netz. Im Geräte-Bereich brauchen wir ein Top-Runner-Programm, um die effizientesten Technologien systematisch zu fördern.

Wir gehen den Weg in eine Zukunft mit erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist, dass unser Land dauerhaft Vorreiter bei den erneuerbaren Technologien wird. Ein Revival der Atomkraft wird es mit uns nicht geben. Sie ist weder notwendig noch verantwortbar.

Wir brauchen eine ökologische Wende in der Mobilität. In einer ökologischen Modernisierung sowohl der Verkehrswege als auch der Verkehrsträger liegen erhebliche Ressourcen für Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, beispielsweise durch die Förderung der ökologischen Produktmodernisierung in der Automobilwirtschaft.

Die ökologische ist auch eine soziale Frage geworden. Die explodierenden Energiekosten treffen einkommensschwächere Haushalte viel härter. Umsteuern ist hier die beste Gegenstrategie. Durch gezielte Förderung wollen wir einkommensschwache Haushalte beim Kauf energieeffizienter Geräte unterstützen. Einen Teil der Einnahmen aus der Ökosteuer wollen wir zweckgerichtet für die Förderung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen. Wir wollen die Mieterrechte stärken, damit energetische Gebäudesanierung verstärkt und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen geschützt werden.

Die wettbewerbsschädliche Marktmacht der großen Energieversorger muss aufgebrochen werden. Stromproduktion und der Besitz der Stromnetze müssen voneinander getrennt

werden. Wenn die Energiewende Realität werden soll, benötigen wir als Gesellschaft auch den Zugriff auf die Verteilungsstruktur der Energie. Daher streben wir eine Verstaatlichung der Stromnetze an. Der Bund sollte sich ebenso wie die Kommunen an der Gründung einer bundesweiten ‚Netz AG‘ mit einer Gestaltungsmehrheit beteiligen.

Potenziale der älter werdenden Gesellschaft nutzen

Die Gesundheitswirtschaft ist die Boom-Branche der älter werdenden Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Zugang zu den modernsten Errungenschaften des medizinischen Fortschritts bekommen. Darum wollen wir Health-Care-Innovationen gezielt fördern. Arbeitsintensive und anspruchsvolle Gesundheits- und Pflegedienstleistungen sind eine Jobmaschine. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Gesundheitswirtschaft müssen besser werden. Der demografische Wandel bietet aber ökonomische Chancen über den Bereich der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen hinaus. Im Bereich der Seniorenwirtschaft können sich Industrie und Dienstleistungsbranche durch zielgruppengerechte Produkte und Dienstleistungen neue Märkte und Zielgruppen erschließen.

Der altersgerechte Umbau des Wohnumfeldes schafft neue Chancen für das lokale Handwerk. Dieses Potenzial wollen wir fördern.

Kreativwirtschaft

Die Kreativwirtschaft ist ein Zukunfts- und Wachstumsmarkt. Sie schafft neue Arbeitsplätze und weckt auch international Neugier auf ein weltoffenes Land und seine Kreativen. Innovativen Existenzgründern wollen wir den Weg zur eigenen Firma erleichtern. Mit Mikrokrediten der KfW wollen wir kreative Start-ups einen erfolgreichen Start ermöglichen. Die neuen Formen flexibler und selbständiger Arbeit wollen wir sozialstaatlich besser absichern.

Verkehrsregeln für die Finanzmärkte und Managergehälterbegrenzen

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht leistungsfähige Finanzmärkte. Sie müssen aber langfristigen Investitionen dienen, sie dürfen kein Selbstzweck sein. Wir haben leidvoll erfahren, dass mangelnde Regulierung und eine fehlerhafte Anreizstrukturen hohen wirtschaftlichen Schaden verursachen. Hier müssen wir gegensteuern. Die Finanzwirtschaft benötigt wieder eine Sozialbildung und nationale wie internationale Regulierung.

Die Finanzaktivitäten von Hedge- und Private-Equity-Fonds stellen mittlerweile ein erhebliches Stabilitätsrisiko für die Wirtschaft dar. Hier sind verschärfte Mindesteigenkapitalanforderungen bei der Kreditvergabe überfällig. Die Praxis fremdfinanzierter Sonderausschüttungen muss unterbunden werden. Hiermit wird zu oft reine Renditemaximierung auf Kosten der Belegschaften praktiziert.

Die Finanzaufsichtsbehörde BaFin muss gestärkt und zur zentralen Aufsichts- und Kontrollinstitution für den Banken- und Finanzplatz Deutschland ausgebaut werden.

Wir fordern die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Deutschland. Auf internationaler Ebene wollen wir eine Transaktionssteuer umsetzen.

Die Anreiz- und Vergütungssysteme in den Unternehmen müssen sich am langfristigen Unternehmenserfolg ausrichten. Dies betrifft insbesondere die Vergütung über Aktienoptionen. Manager und Aufsichtsräte müssen für Versäumnisse und Fehlentscheidungen stärker persönlich haftbar gemacht werden können. Die Anzahl der Aufsichtsratsmandate, die eine Person übernehmen darf, muss begrenzt werden. Die Steuerzahler dürfen nicht für schlechte Manager bluten. Darum müssen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Abfindungen für gescheiterte Manager einschränken. Der „Goldene Handschlag“ darf nicht mehr subventioniert werden.

3. Gute Arbeit

Wir stehen für „Gute Arbeit“. Wir wollen mehr und bessere Arbeit. Vollbeschäftigung ist möglich, davon sind wir überzeugt. Dieses Ziel erreichen wir nicht in einer „Lohndumping-Gesellschaft“ sondern nur im Rahmen einer sozial-ökologischen Ausrichtung der Ökonomie.

Dazu müssen wir weiter für Ordnung auf den Arbeitsmärkten sorgen. Wir brauchen den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeitet muss auch davon leben können.

Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben. Darum müssen wir die Leiharbeit besser regeln, um Missbrauch zu verhindern. Nach einer tarifvertraglich festzulegenden Einarbeitungszeit von maximal 6 Monaten muss gelten: Gleicher Lohn und gleiche Rechte für Zeitarbeiter und Stammbesetzungsmitglieder.

Auch andere prekäre Beschäftigungsformen wollen wir zurückdrängen. Um den Missbrauch von Mini-Jobs zu verhindern, wollen wir die wöchentliche Arbeitszeit bei Mini-Jobs auf 15 Stunden begrenzen.

Praktika müssen der Ausbildung, nicht der Ausbeutung dienen. Wenn sie nicht im Rahmen der schulischen und wissenschaftlichen Ausbildung stattfinden, müssen sie daher zeitlich begrenzt und tariflich entlohnt werden.

Wir sind die Partei, die für den Erhalt und die Modernisierung der Mitbestimmung eintritt. Starke Arbeitnehmerrechte sind für uns der Garant für eine am langfristigen Erfolg orientierte Unternehmenspolitik im Sinne der Beschäftigten und wirksamer Schutz gegen kurzfristig orientierte Finanzinvestoren. Das deutsche Erfolgsmodell der Mitbestimmung wollen wir zu einem Exportschlager machen. Wir wollen ein europäisches Betriebsverfassungsgesetz.

Wir wollen gute Arbeit für Frauen ebenso wie für Männer. Der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ für Männer und Frauen muss endlich Realität werden in unserer Gesellschaft.

Der qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuungsstrukturen soll auch dazu dienen, Alleinerziehenden eine Berufstätigkeit für ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Aus diesen Maßnahmen wollen wir ein Aktionsprogramm entwickeln, das das Armutsrisiko von Alleinerziehenden drastisch senkt.

Mit verbesserten Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wollen wir sicherstellen, dass der

Berufszugang, der berufliche Aufstieg bis hinein in die Führungspositionen der Wirtschaft für Frauen ebenso möglich wird, wie es für Männer schon der Fall ist. Die norwegische Regelung für eine verbindliche Quotierung in Aufsichtsräten kann für Deutschland Vorbildcharakter haben.

Steuerliche Regelungen, die einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben im Wege stehen, müssen abgeschafft werden. Dies gilt in erster Linie für das Ehegattensplitting. Wir wollen es in ein Realsplitting überführen.

Wir wollen die Humanisierung der Arbeitswelt fördern. Dazu gehört für uns die aktive Förderung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Flexiblere Arbeitszeitmodelle können dabei helfen, Arbeit, Familie und Freizeit besser in Einklang miteinander zu bringen. Dies wollen wir unterstützen.

4. Steuergerechtigkeit, Gute öffentliche Dienstleistungen und partnerschaftlicher Staat

Wir sind ein Land mit einer der geringsten Staatsquoten in Europa. Anders als vielfach beschworen sind wir deshalb aber nicht erfolgreicher als andere Staaten. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu den erfolgreichen skandinavischen Ländern. Für die zentralen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, gute öffentliche Dienstleistungen und leistungsfähige Unternehmen der Daseinsvorsorge.

Das Hauptproblem der gegenwärtigen Steuer- und Abgabenbelastung liegt nicht darin, dass sie zu hoch ist, sondern darin, dass sie ungerecht verteilt ist. Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft, von der Krankenschwester bis zum Facharbeiter, tragen einen zentralen Teil der Steuerlast und die Hauptlast bei der Finanzierung unseres Sozialstaates. Dagegen gibt es gerade bei den Beziehern hoher Einkommen und den Besitzern großer Vermögen noch zu viele Möglichkeiten, sich der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

Für eine sozialdemokratische Steuerreform bedeutet das: Es ist ein richtiger Weg, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Hier gilt es insbesondere den Umstand zu beheben, dass die Absenkung des Eingangsteuersatzes bisher mit einem schnellen Anstieg des Progressionsverlaufs erkaufte wird. Wir wollen die „Steuerkurve“ hin zu einem linear-progressiven Tarifverlauf verschieben. Dafür wird der Spitzensteuersatz erhöht. Zudem muss die Vermögenssteuer im Wahlprogramm verankert werden.

Im Bereich der Sozialversicherung ist jede pauschale Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge mit äußerster Skepsis zu betrachten. Weitere Leistungseinschränkungen verträgt keines der Teilsysteme der sozialen Sicherung mehr. Weitere Entlastungen im Bereich der Sozialabgaben müssen daher aus dem Steuerbereich gegenfinanziert werden. In dem Zusammenhang ist insbesondere die Rolle der Union hoch problematisch, da sie sich einer Umfinanzierung und damit finanziellen Stabilisierung im Bereich der Sozialversicherung, wie z.B. bei der Gesundheitsreform, bisher verweigert hat.

Die alternde Gesellschaft ist auf gute öffentliche Gesundheits- und Pflegedienstleistungen angewiesen. Nur ein öffentlich verantwortetes Bildungssystem sichert Spitzenbildung und eine gerechte Verteilung der Zukunftschancen. Kommunale Stadtwerke sind Vorreiter einer modernen, dezentralen Energieversorgung. Die staatliche Verkehrsinfrastruktur und öffentlicher Personenverkehr bilden die Grundlage unserer mobilen Gesellschaft. Öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen sind verlässliche Partner für Bürgerinnen und Bürger

sowie für klein- und mittelständische Unternehmen. Polizei und Justiz garantieren öffentliche Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für die, die sich private Sicherheitsfirmen leisten können. All das wird gerne von den Verfechtern des schlanken Staates verschwiegen. Die Politik der schleichenden Entstaatlichung ist daher eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. Nur Reiche können sich den armen Staat leisten.

Wir wollen keinen aufgeblähten, trägen Staat. Er muss nicht alles erledigen. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der gute öffentliche Dienstleistungen bereitstellt und partnerschaftlich seinen Bürgerinnen und Bürgern in den Wechselfällen des Lebens unterstützend zur Seite steht. Dafür braucht er die notwendigen finanziellen Grundlagen. Weitere pauschale und massive Absenkungen bei Steuern und Abgaben sind daher kaum möglich.

Die Verteilung der staatlichen Einnahmen muss gerechter gestaltet werden. Wer finanziell leistungsfähiger ist, muss auch mehr für die gesellschaftliche Solidarität aufkommen. Große Einkommen und Erbschaften müssen einen höheren Beitrag zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben leisten. Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Steuerhinterziehung und Steuerflucht untergraben die gesellschaftliche Solidarität und erhöhen die Steuer- und Abgabenlast der Durchschnittsverdiener. Steuerhinterzieher sind Kriminelle. Wir wollen die Steuerfahndung besser ausstatten. Der Kampf gegen internationale Steueroasen muss verschärft werden. Der Kapitalverkehr mit Ländern, die sich nicht in internationale Kooperationsabkommen einbinden lassen, muss erschwert werden. Steueroasen müssen trocken gelegt werden.

Erlöse über weitere Privatisierungsanstrengungen bei öffentlicher Infrastruktur und Unternehmen sind ausgeschlossen. Zu viele Privatisierungen haben sich als Fehlschlag erwiesen. Dies zeigt eindrucksvoll der Fall der Bundesdruckerei.

Wir wollen auf die Privatisierung der Deutschen Bahn AG verzichten – zugunsten eines öffentlichen Nah- und Fernverkehr, der eine echte Alternative zum Individualverkehr mit Auto oder Flugzeug darstellt. Dies muss unmissverständlich im Wahlprogramm klargestellt werden.

5. Solidarisches Gesellschaft in neuen Zeiten

Wir brauchen einen gerechten Sozialstaat auf der Höhe der Zeit. Der vorsorgende Sozialstaat wirkt als Motor für gesellschaftliche Veränderungen, schafft Teilhabe für alle und sichert die großen Lebensrisiken ab.

Wir brauchen eine Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege, um ein hohes Niveau der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Mit der gerechten Bürgerversicherung, in der alle mit allen Einkünften ihren Beitrag leisten, und mit einer stärkeren Steuerfinanzierung wollen wir die starre Koppelung an lohnabhängige Erwerbsarbeit überwinden und die gerechte und nachhaltige Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme ermöglichen. So bleibt der Sozialstaat auch in Zukunft stark und leistungsfähig.

Eine zukunftsfähige Rentenpolitik muss den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennen, darf aber nicht blind sein für die Realitäten in unterschiedlichen Berufsgruppen.

Wir brauchen eine Erwerbstätigenversicherung bei der Rente, die flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglicht, wenn es die beruflichen Realitäten erfordern. Daher wollen wir die Regelungen der Altersteilzeit über 2009 hinaus verlängern, den Teilrentenbezug attraktiver ausgestalten und einen verbesserten Zugang zur Erwerbsminderungsrente schaffen. Darüber hinaus muss es möglich werden, Rentenbeiträge freiwillig aufzustocken. Langzeitkonten müssen insolvenzsicher und portabel sein. Die Mindestrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung muss oberhalb der Grundsicherung liegen.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise müssen die persönlichen Rücklagen von arbeitslos gewordenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besser geschützt werden. Wir wollen daher die Anrechnung des Schonvermögens im ALG-II-Bezug in der Konjunkturkrise aussetzen und mittelfristig verbessern.

Neben der Absicherung muss unser Sozialstaat mehr in Vorsorge investieren. Wir wollen eine Arbeitsversicherung schaffen, die durch mehr Weiterbildung vorsorgend Arbeitslosigkeit verhindert. In der Gesundheitspolitik wollen wir den Präventionsgedanken weiter stärken und soziale Gesundheitsnetzwerke in den Stadtteilen etablieren. Um Familien bessere, schnellere und qualifiziertere Beratung und Unterstützung zu ermöglichen, wollen wir Eltern-Kind-Zentren ausbauen.

Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen. Sie brauchen Sicherheit und Zukunftschancen. Priorität hat für uns der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Darum hat die SPD den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr erkämpft. Zukunftschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Darum brauchen wir weitgehende Lernmittelfreiheit. Für den persönlichen Schulbedarf wollen wir ein Schulstarter-Paket. Kinder brauchen gesundes Essen. Für Kinder aus sozial schwachen Familien müssen wir daher ein kostenloses Mittagessen in der Schule sicherstellen. Auch darum brauchen wir mehr Ganztagschulen.

Wir wissen, dass Familien auch auf direkte finanzielle Hilfen angewiesen sind. Darum hat die SPD z.B. das Elterngeld erkämpft, dreimal das Kindergeld erhöht und den Kinderzuschlag verbessert. Wir wollen die Leistungen für Familien gerechter gestalten. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein. Wir wollen gleiches Kindergeld für alle Kinder. Die kinderspezifischen Bedarfe müssen in der Grundsicherung besser berücksichtigt werden. Wir brauchen einen schrittweisen Umbau der Leistungen für Kinder in eine Kindergrundsicherung.

Die Regelsätze der Grundsicherung müssen in kürzeren Abständen überprüft und angepasst werden.

Finanzielle Leistungen, die Eltern von der Inanspruchnahme staatlicher Bildungsleistungen abhalten sollen, lehnen wir ab. Die rückwärtsgewandte Herdprämie der Union schadet den Zukunftschancen der Kinder und ihren Familien. Mit uns wird dieser ideologische „Ablasshandel“ nicht Realität in diesem Land.

Kinderrechte müssen in das Grundgesetz.

6. Politik der Zukunftschancen

Die SPD ist die Partei der Zukunftschancen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet statt auszugrenzen und Privilegien zementiert. Dazu brauchen wir eine

gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Der Besuch von Kita und Kindergarten muss daher schrittweise beitragsfrei gestellt werden. Wir sind gegen Studiengebühren.

Mit der substantiellen Stärkung des BAFöGs für Schülerinnen und Schüler sowie der Verbesserung des BAFöGs für Erwachsene (Meister-BAFöG, etc.) wollen wir allen Talenten ihren Aufstieg ermöglichen.

Wir wollen, dass Schüler länger miteinander lernen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht wird. Dazu ist es auch notwendig, die Schulsozialarbeit zu verbessern. Niemand darf ohne Schul- und Ausbildungsabschluss ins Berufsleben starten. Dies wollen wir mit einem Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss absichern. Wir sind für ein Grundrecht auf Ausbildung. Darüber hinaus müssen wir eine Kultur der zweiten und dritten Chance etablieren. Einstieg und Aufstieg muss in jeder Lebensphase immer wieder möglich sein.

Wir müssen wirksame Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel ergreifen. Für unsere Erfolge von morgen brauchen wir Spitzenbildung für unsere Talente von heute. Es ist ein fortgesetzter Skandal, dass sich viele Unternehmen der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen entziehen. Wir wollen hier gesetzliche Regelungen prüfen. Kurzfristig werden wir ein Sonderprogramm für die derzeit geschätzten 100.000 „Altbewerber“ umsetzen.

Wir wollen, dass mehr junge Menschen studieren. Dafür müssen wir mehr Studienplätze an unseren Hochschulen schaffen und mehr Geld in Forschung und Lehre investieren. Bis 2015 brauchen wir mindestens 200.000 zusätzliche Studienplätze. Wir wollen einen positiven Wettbewerb zwischen den Hochschulen um die besten Studienbedingungen für die Studierenden. Daher muss die Hochschulfinanzierung so verändert werden, dass das Geld den Studierenden folgt und so entsprechende Anreize gesetzt werden. Wir wollen die hier notwendigen Maßnahmen in einem Masterplan 2015 bündeln.

Ein Studium muss auch ohne Abitur möglich sein. Qualifizierte Absolventen der beruflichen Bildung müssen studieren können. Der bundesweit einheitliche Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur ist überfällig. Das duale System der beruflichen Bildung müssen wir weiter modernisieren. Ausbildungsberufe wollen wir zu Berufsfamilien zusammenführen. Die Qualität der Ausbildung in Schule und Betrieb muss besser werden.

Wir wollen eine Kultur des lebenslangen Lernens und werden dafür mit der Arbeitsversicherung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Eine alternde Gesellschaft muss eine lernende Gesellschaft sein. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung.

7. Deutschland weltoffen und demokratisch

Wir sind die Partei der Freiheit. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land in Sicherheit leben können. Den Weg in den Überwachungsstaat lehnen wir ab. Sicherheit und Freiheit müssen stets in der Balance gehalten werden. Anders als die Konservativen entscheiden wir uns im Zweifel für die Freiheit. Der realen Gefahren sind wir uns bewusst. Wir wissen aber auch, was wir gegen die Feinde der Freiheit zu verteidigen haben. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Schutz ihrer Daten dürfen im demokratisch verfassten Rechtsstaat nicht als bloße Hindernisse für eine effektive Sicherheitspolitik

gesehen werden. Das Trennungsgebot mit einer klaren Aufgabentrennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten darf nicht ausgehöhlt werden. Die grundsätzliche Trennung von innerer und äußerer Sicherheit muss bestehen bleiben. Wir wollen keinen Einsatz von Militär innerhalb unserer Grenzen.

Das Gesicht des Rechtsextremismus in Deutschland hat sich verändert. Es ist ein Spagat zwischen der Maske der Bürgerlichkeit und der Zusammenarbeit mit gewaltbereiten, häufig vorbestraften neonazistischen Schlägerbanden. Rechtsextreme Parteien sitzen in vier Landtagen und verfügen über zahlreiche Mandate auf kommunaler Ebene. Dort versuchen sie, ihre rassistischen, antisemitischen und revisionistischen Ansichten zu verbreiten. Gleichzeitig steigt die Anzahl und die Brutalität rechtsextremistischer Gewalttaten immer weiter an. Dieser Entwicklung müssen sich alle demokratischen Parteien gemeinsam entgegenstellen.

Noch in dieser Legislaturperiode gilt es die Weichen zu stellen und die Bundesprogramme im Kampf gegen Rechts in eine „Stiftung für demokratische Kultur“ zu überführen, um so deren notwendige Arbeit auch langfristig finanziell abzusichern.

Die NPD hat sich zum Gravitationsfeld im Rechtsextremismus entwickelt. Mit Hilfe von Steuermitteln betreibt die NPD ihre menschenverachtende Politik. Aufgrund ihrer aggressiv-kämpferischen Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung müssen Bund und Länder gemeinsam ein neues Verbotsverfahren anstreben.

Durch die konsequente und zeitnahe Anwendung bestehender Gesetze zeigen wir, dass unsere Demokratie wehrhaft ist.

Wir sind ein Einwanderungsland. Wir wollen eine offene und tolerante Gesellschaft mit gleichen Rechten und Pflichten sowie gleicher Teilhabe für die Menschen, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Einwanderung verlangt Integration von beiden Seiten. Hemmnisse, die dem entgegenstehen, wollen wir beseitigen. Beispielsweise wollen wir die Anerkennung beruflicher Qualifikationen vereinfachen.

Wir wollen, dass noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund sich aktiv an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes beteiligen. Sie können einen wertvollen Beitrag leisten. Wir wollen das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger. Mehrstaatlichkeit muss möglich sein. Durch eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir die volle doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Wir brauchen mehr qualifizierte Zuwanderung. Darüber dürfen aber humanitäre Aspekte unserer Migrationspolitik nicht in den Hintergrund treten. Übermittlungspflichten wollen wir dahingehend einschränken, dass illegal hier lebende Ausländer nicht von gesundheitlicher Vorsorge ausgeschlossen werden und ihre Kinder die Möglichkeit auf einen angstfreien Schulbesuch erhalten.

8. Verantwortung in Europa und der Welt

Die SPD ist die europäische Gestaltungskraft. Wir treten für eine aktive und solidarische Europapolitik ein, wie wir sie in unserem Europa-Manifest beschlossen haben. Wir wollen die europäischen Institutionen stärken und mehr Transparenz durch eine größere Parlamentarisierung erreichen.

Wir stellen uns der internationalen Verantwortung: Die Verhinderung und Vorbeugung von Konflikten und die Schaffung von Frieden gehören zu den obersten Zielen einer internationalen Politik der deutschen Sozialdemokratie. Denn jeder Konflikt, der rechtzeitig geschlichtet werden kann, erspart den Menschen vielfaches Leid. Er erspart der Weltgemeinschaft auch teure militärische Friedensmissionen. Aktive Friedenspolitik ist daher auch eine effiziente und kostengünstige Form der Sicherheitspolitik.

Das friedenspolitische Handeln der SPD muss auch und erst recht in Regierungsverantwortung am Präventionsgedanken orientiert sein. Militärisches Engagement darf nur dann ermöglicht werden, wenn man zu dauerhaften Verpflichtungen auch im flankierenden zivilen und entwicklungspolitischen Bereich bereit ist. Ziviler Wiederaufbau und die Herstellung von Vertrauen in staatliche Institutionen ist meist ein langwieriger Prozess. Uns muss daher auch bewusst sein, dass die Entscheidung für state-building im Ausland langfristige Verpflichtungen nach sich zieht. Die gesellschaftliche Zustimmung dazu müssen wir sichern, indem wir die öffentliche friedens- und sicherheitspolitische Auseinandersetzung suchen.

Krisenprävention muss stärker als die ressortübergreifende Querschnittsaufgabe umgesetzt werden, als die sie von der rot-grünen Bundesregierung im Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ konzipiert war. Das Primat des Zivilen gegenüber dem Militärischen muss stärker ins Zentrum gestellt werden.

Auch Auslandseinsätze müssen stärker ressortübergreifend konzipiert und implementiert werden. Dies gilt ebenso für die Evaluation. Dies wird die Erfolgsaussichten zukünftiger Missionen stärken. Gleichzeitig wird dadurch der Parlamentsvorbehalt mit Leben gefüllt, denn Auslandseinsätze erfahren durch eine bessere Unterrichtung und Kontrolle eine stärkere politische Begleitung. Eine Ausweitung der Kontrollrechte der Parlamentarier und ihre verstärkte Einbeziehung in die Entwicklung einer integrativen Sicherheitsstrategie sind daher unerlässlich, um den Prozess kontinuierlich zu begleiten.

Dies gilt auch für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Gerade wegen der sich in einigen Provinzen verschlechternden Sicherheitslage muss die internationale Gemeinschaft die afghanische Regierung weiterhin auch militärisch bei der Durchsetzung von Staatlichkeit und der Schaffung von Stabilität unterstützen. Wir sprechen uns aber gegen eine Verlängerung des Mandats „Operation Enduring Freedom“ aus, unter dem die USA in Afghanistan ihren Kampf gegen den Terrorismus führen. Denn dieser Kampf kann nicht allein mit Waffen gewonnen werden. Wir verurteilen die hohe Zahl ziviler Opfer, der zusätzlich die Ablehnung gegenüber dem internationalen Engagement in Afghanistan vergrößert. Zusätzlich wird das Völkerrecht ausgehöhlt, wenn weiter auf das Recht auf Selbstverteidigung als politische Legitimation für OEF verwiesen wird. Das Beispiel Afghanistan zeigt auch, dass wir die Debatte über zivil-militärische Kooperationen ernster nehmen müssen. Das Konzept muss kritisch hinterfragt werden, um eine Gefährdung der zivilen Helfer zu vermeiden. Militär wie Entwicklungszusammenarbeit müssen darauf achten, kultursensibel zu agieren.

Es liegt in unserem Interesse, Herausforderungen globaler Natur durch die Übernahme multilateraler Verantwortung zu begegnen. Dies tun wir unter anderem im Rahmen der NATO. Die Kluft zwischen den Erwartungen und Forderungen der Partner an die zukünftige NATO wird jedoch immer größer, weder die Debatte über die Reform noch über die

Ausweitung auf neue Mitglieder kann als abgeschlossen betrachtet werden. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Russland im Sommer 2008 haben gezeigt, dass es einer neuen Entspannungspolitik bedarf, die Verständigung ermöglicht und Aufrüstung vermeidet. Nur so können Konflikte friedlich gelöst werden. Eine Aufnahme von Mitgliedern in die NATO, die noch mit der Lösung eigener Sicherheitskonflikte befasst sind, ist daher kontraproduktiv für die Wahrung und Schaffung von Frieden in Europa.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang auch für den Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe ein. Die Politik der Nuklearen Beteiligung ist eine Konzeption des Kalten Krieges. Europa ist kein Waffendepot, sondern ein Friedenskontinent. Wir wollen eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Deshalb müssen die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Atomwaffen endlich abgezogen werden. Erst mit dem Abzug der US-Atomwaffen aus ganz Europa verliert auch die Weigerung Russlands, ebenfalls ihre taktischen Atomwaffen zu reduzieren, jede Rechtfertigung.

9. Fortschritt. Arbeit. Gerechtigkeit

Wir wollen den gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Wandel gestalten. Um unsere Gesellschaft in das nächste Jahrzehnt zu führen setzen wir auf die Fortschrittskräfte in unserem Land, auf die Leistungsbereitschaft seiner Menschen und den Willen zu gegenseitiger Solidarität, die unsere Gesellschaft immer ausgezeichnet und stark gemacht hat.

Mit der Politik des neuen Fortschritts bauen wir die Gesellschaft von morgen. Wir wollen Arbeit und Umwelt verbinden. Gute Arbeit und hohe Lebensqualität in einer intakten Umwelt gehören untrennbar zusammen. Die fortschrittliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft des langen Lebens und langen Lernens. Sie ist eine Gesellschaft des gleichberechtigten Miteinanders von Alt und Jung, von Männern und Frauen. Sie eröffnet mehr individuelle Entfaltungs- und Zukunftschancen und sichert diese solidarisch ab.

Bei der Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben setzen wir auf diejenigen, die jeden Tag hart arbeiten, die sich immer wieder um Zukunftschancen bemühen, die sich um ihre Familien kümmern und sich für unsere Gesellschaft engagieren. Ihre Leistungen wollen wir honorieren. Für sie machen wir unsere Politik.

Gerechtigkeit ist eine notwendige Bedingung für Leistungsfähigkeit und Fortschritt. Der Wille, sich in unsere Gesellschaft mit der eigenen Schaffenskraft und den eigenen Talenten einzubringen, ist unser Maßstab. Wer dabei Unterstützung braucht, muss sie erhalten. Wer zur Solidarität fähig ist, muss sie gewähren. Privilegien lehnen wir ab und bekämpfen wir. Niemand ist etwas Besseres.

Dies ist die Politik einer modernen linken Volkspartei. Dies ist die Politik für die solidarische Mehrheit der Menschen in unserem Land. Dies ist die Politik, mit der die SPD die Bundestagswahlen für sich entscheiden kann.